

Titel: Jusos for future

Seit einigen Monaten finden in vielen Ländern die unter dem Namen „#FridaysForFuture“ bekannten „Streiks“ statt. Dabei geht es darum, dass - hauptsächlich - junge Menschen nicht zur Schule, Uni, Arbeit oder Ausbildung gehen um und stattdessen gegen eine Politik zu protestieren, die nicht ausreichend gegen den Klimawandel vorgeht.

Die Jusos Leipzig unterstützen die lokalen Kampagnen entsprechend und setzen sich für eine inhaltliche, organisatorische und personelle Zusammenarbeit ein. Die Jusos begrüßen es ausdrücklich, dass sich so viele so junge Menschen politisch engagieren. Wir solidarisieren uns mit allen, die durch ihr politisches Engagement in dieser Hinsicht negative Konsequenzen zu tragen haben.

Die in Teilen der Gesellschaft vorherrschende Ablehnung gegen diese Kampagnen findet den entschiedenen Widerspruch der Jusos Leipzig. Der Große Zulauf der Bewegung zeigt, dass die Initiator*innen, allen voran Greta Thunberg einen Nerv in den politischen Köpfen dieser Zeit getroffen haben. Kaum eine Bewegung der jüngeren Vergangenheit wurde in so breiter Masse von so jungen Menschen mitgetragen. Das Recht die Schule zu verlassen um für seine*ihre Überzeugungen zu kämpfen ist eine Ausprägung des Rechts auf zivilen Ungehorsams, dem wir uns verbunden fühlen.

Dass ausgerechnet Schüler*innen, jene Gruppe, denen zu oft ein generelles, politisches Desinteresse vorgeworfen wird, zu den Anführer*innen dieser Bewegung gehören, unterstreicht nur, dass das reale Bild der Jugend nicht mit den vorherrschenden Stereotypen vereinbar ist. Die Jugend von heute ist nicht unpolitisch, sondern sie sich ihrer politischen Kraft bewusst. Auch deshalb ist das Wahlalter von 18 Jahren nicht mehr zeitgemäß. Die SPD hat zwar schon seit einiger Zeit anerkannt, dass es an der Zeit ist, auch jüngeren Menschen ein politisches Mitspracherecht zu geben. Mit dieser Erkenntnis allein, kann aber keine progressive Politik gestaltet werden, wenn die progressiven Forderungen allzu schnell den Koalitionspartner*innen geopfert werden. Es ist zwingend notwendig, dass die SPD die Absenkung des Wahlalters zu einer Priorität erklärt und keine Koalitionen mehr eingeht, die keine Fortschritte in dieser Frage garantieren.

Jenseits davon, müssen aber auch auch in sozialdemokratischen Kontexten umweltpolitische Themen viel stärker thematisiert werden. Der Protest der Menschen richtet sich nicht nur gegen den Klimawandel per se, sondern auch gegen jene Politik des Nichtstuns und Abwartens, die in den letzten Jahrzehnten in einem Großteil der Industrieländer vorherrschte. Auch die SPD hat in Regierung und Opposition die Tragweite dieses Themas viel zu lange ignoriert. Die Jusos Leipzig beschließen deshalb in ihrer Arbeit im Anschluss an die kräftezehrenden Wahlkämpfe dieses Jahres und insbesondere ab Beginn des Kalenderjahres 2020 verstärkt zu umwelt- und klimapolitischen Schwerpunkten zu arbeiten.

Die Arbeit der Bewegung ist zwar primär von Schüler*innen getragen und von Studierenden ergänzt, das Umfeld, dass zu dieser Arbeit gehört geht aber wesentlich weiter. Mit „Parents-For-

Future“ und „Scientists-for-Future“ haben sich schon zwei Kooperationsverbände gegründet. Auch diesen sprechen die Jusos Leipzig ihre Solidarität aus.